

Sozialrecht + Praxis

Fachzeitschrift für Sozialpolitiker und Schwerbehindertenvertreter

The logo for VdK (Verband der Schwerbehinderten) is displayed in a bold, blue, sans-serif font.

Erwerbsminderung

Änderungen beim Hinzuverdienst

Zivilgesellschaft

Sozialökologische Transformation

Bundessozialgericht

Soziale Pflegeversicherung

Gesetzliche Renten

Schlechterstellung verfassungswidrig

9/22

32. Jahrgang
GP 12025 DP AG

INHALT

SOZIALPOLITIK

Hinzuverdienst für Frührentner und EM-Rentner <i>Von Samuel Beuttler-Bohn</i>	547
Wahl der Schwerbehindertenvertretungen <i>Von BIH</i>	550
Personalie: Andrea Nahles führt Bundesagentur für Arbeit	555
Sozialökologische Transformation gerecht gestalten <i>Von Cathérine Lehmann, Ulrich Petschow, Bjarne Behrens und Florian Kern</i>	556
Finanzverwaltung soll öffentliche Leistungen gebündelt auszahlen <i>Von Ines Verspohl und Samuel Beuttler-Bohn</i>	569
Altersgerecht umbauen: Fördermittel für dieses Jahr bereits ausgeschöpft	575

RECHT

Vor dem Bundessozialgericht: Soziale Pflegeversicherung, Überleitung, Pflegebedürftigkeitsbegriff <i>Mitgeteilt von Jörg Ungerer</i>	576
Persönliches Budget: Rückforderungen nicht rückwirkend möglich	582
Hartz IV: BSG erleichtert Jobcenter-Darlehen auf Mietschulden	583
Masern-Impfung: Bundesverfassungsgericht billigt Impfnachweispflicht	584
Schlechterstellung gesetzlicher Rentner verfassungswidrig <i>Von Franz Ruland</i>	586

Rente: Kindererziehungszeiten im EU-Ausland zählen mit	600
EU-Bürger: Früher Kindergeld für Zuwanderer	601
Diskriminierung: Betonung des hohen Alters spricht gegen Jobwunsch	602
Betriebsschließung: Im Fall von Corona kein Lohnanspruch	603
Quarantäne: Urlaubsanspruch bei Isolation geht vor EuGH	604

LITERATUR

Gesamtdarstellung: Stichwort-Kommentar zum Behindertenrecht	605
Handbuch: Sozialgerichtsprozesse und ihre Besonderheiten	605
DGUV-Empfehlungen: Arbeitsmedizinische Beratung	606
Arbeitshilfe: Datenschutz in der Betriebsratsarbeit	607
Themenheft: Zur umfassenden Reform des Betreuungsrechts	607

SERVICE

DVfR-Online-Tagung: Teilhabe für Kinder – Lehren aus der Pandemie	608
WSI-Herbstforum: Demokratisierung von Arbeit im Wandel	608
BAR-Reha-Navigator: Beta-Phase erfolgreich abgeschlossen	609
Rehadat-Verzeichnis: Forschende zu Reha und Teilhabe 2022	609

Sozial-ökologische Transformation gerecht gestalten

Bestand und Analyse bestehender Bündnisse

Von Cathérine Lehmann, Ulrich Petschow, Bjarne Behrens und Florian Kern

Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Biodiversitätskrise, der steigenden ökonomischen Ungleichheit und der Zunahme sozialer Verwerfungen gerät die Notwendigkeit einer tiefgreifenden handlungsfeldübergreifenden sozial-ökologischen Transformation in Politik und Zivilgesellschaft zunehmend in den Blick. Zivilgesellschaftlicher Interessensvertretung kommt dabei als „Mittler“ zwischen Staat und Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu, integrierte Ansätze voranzutreiben, die die ökologische und soziale Dimension miteinander verbinden. Dafür bedarf es neuer Bündnisse sowie Plattformen des Austausches zwischen den verschiedenen Verbänden, um die unterschiedlichen Handlungslogiken, Schwerpunktsetzungen und themenspezifischen Aktivitäten in einem gemeinsamen Aushandlungsprozess neu zusammenzubringen. Gleichzeitig stellt sich zunehmend die Frage, inwiefern Verbände Intersektionalität mitdenken und Diversität innerhalb des eigenen Verbands eine Bedingung für eine gerechte Transformation ist.

Gefördert von der Robert Bosch Stiftung haben wir daher eine Bestandsaufnahme der bestehenden Bündnisse vorgenommen, deren Entwicklungen und Charakteristika analysiert und hemmende und fördernde Faktoren identifiziert. Ziel unseres Forschungsprojektes ist es, die Verbände darin zu unterstützen, eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen.

Für unsere Analyse haben wir unterschiedliche qualitative Erhebungsmethoden genutzt. Zum einen haben wir durch Online-Recherchen Bündnisse zwischen umwelt- und sozialpolitischen Akteuren sowie Gewerkschaften identifiziert und öffentliche Dokumente dieser Verbände ausgewertet. Zum anderen haben wir mit 17 Vertreterinnen und Vertretern der in Bündnissen besonders aktiven Verbände Interviews geführt.¹ Alle anderen großen Verbände und ihre Landesverbände sowie die Landesverbände der interviewten Bundesverbände haben wir zusätzlich schriftlich mit einem Online-Fragebogen kontaktiert, wobei wir von etwa 420 angefragten Verbänden und Verbandseinheiten von 42 eine Antwort erhalten haben.

Unsere Bestandsaufnahme zeigt, dass die Dynamik neuer Bündnisse hoch ist und die Notwendigkeit der Verständigung und der Austauschprozesse zwischen ökologischen und sozialen Anliegen bei den Verbänden weitgehend anerkannt ist. Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass die Frage der strategischen Weiterentwicklung dieser Bündnisse zunehmend diskutiert wird und neue Möglichkeiten der Ein-

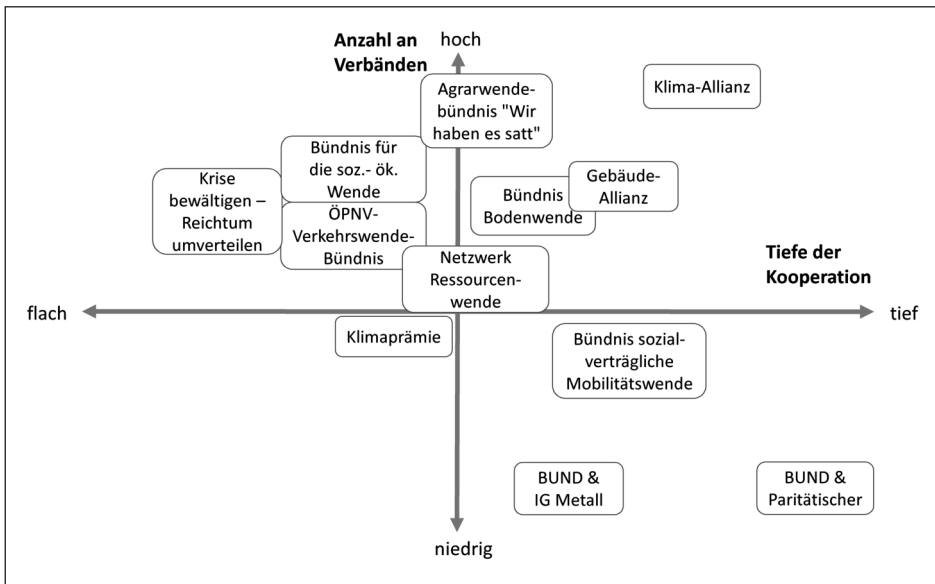
flusnahmen für die sozial-ökologische Transformation ausgelotet werden.

1. Zentrale Forschungsergebnisse

Sozial- und umweltpolitische Akteure sowie Gewerkschaften sind zunehmend untereinander vernetzt und in gemeinsamen Bündnissen aktiv. Diese Entwicklung ist von einer starken Dynamik und Suchprozessen nach neuen Möglichkeiten der Einflussnahme geprägt. Klassische Bündnisse „nur“ zwischen sozialpolitischen Akteuren, „nur“ zwischen umweltpolitischen Akteuren oder „nur“ zwischen Gewerkschaften bestehen weiterhin, sie werden jedoch inzwischen zunehmend von sozial-ökologischen Bündnissen ergänzt. Soziale und ökologische Themen werden verstärkt gemeinsam adressiert und eine

politikfeldübergreifende Herangehensweise hat in den letzten Jahren deutlich an Relevanz gewonnen. Eine exemplarische Auswahl an Bündnissen ist in der Abbildung zu sehen und zeigt, dass es sowohl viele lose Bündnisse mit vielen Mitgliedern als auch kleine Bündnisse mit stark ausgeprägter Kooperations-tiefe gibt. Dabei verstehen wir unter Kooperations-tiefe den Grad an Institutionalisation, wie zum Beispiel regelmäßige Treffen, ein Steuerungsgremium, ein Sekretariat und verfügbare Ressourcen. Der Klima-Allianz kommt in dieser zweidimensionalen Einteilung in gewisser Weise einer Sonderrolle zu, weil sie sehr viele Mitglieder vereint und gleichzeitig durch besonders institutionalisierte Kooperation geprägt ist.

Abb.: Matrix Bündnisanalyse



Quelle: IÖW, eigene Darstellung

Sozialrecht+Praxis 9/22

Die Akteure sind hinsichtlich ihrer Organisation und Interessen höchst heterogen. Zu unterscheiden sind die unterschiedlichen Logiken, innerhalb derer die Verbände agieren: die Mitgliedslogik, also welche Interessen vertreten die Verbände, die Organisationslogik, die sich aus den spezifischen organisatorischen Konstellationen ergibt, und die Einflusslogik, also wie werden die Interessen der Mitglieder gegenüber wem vertreten.

1.1. Phasenbetrachtung der Bündnisse

Wir können vier unterschiedliche Phasen identifizieren, in die sich der Versuch der Verbände, politisch Einfluss zu nehmen und dabei soziale und ökologische Themen gemeinsam zu denken, einteilen lässt. Phase 1, ab den 1980ern, umfasst die Aktivitäten zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden, welche wir im Rahmen der Vorläuferstudie (Sharp et al. 2020; Petschow et al. 2021)² auch als (Konflikt-)Partnerschaften identifiziert haben, in denen die Frage „Arbeit und Umwelt“ diskutiert wurde und Handlungsorientierungen entwickelt wurden. Ein Beispiel ist der Transformationskongress³ von 2012, aus dem aber unseres Wissens nach keine Folgeaktivitäten entstanden sind. Phase 2 umfasst die (sozial-ökologischen) Neuorientierungen nach dem Pariser Klimaabkommen, in dessen Zuge fast alle zivilgesellschaftlichen Akteure die Pariser Ziele angenommen haben. Dies hat auch die Notwendigkeit einer strategischen

Weiterentwicklung sowie damit einhergehende Öffnungsprozesse besonders bei den sozialpolitischen Akteuren offenbar gemacht. Sie begann mit dem Pariser Abkommen von 2015 und wurde erst etwa ab 2019 durch Phase 3 abgelöst. Unserer Auffassung nach befinden wir uns nun in Phase 4, in der eine (selbst-)kritische Bilanz der bestehenden Bündnisse gezogen wird und sich die Verbände in einem Suchprozess der strategischen Weiterentwicklung befinden. Mit unseren Forschungsergebnissen wollen wir diesen Prozess unterstützen.

1.2. Übersicht der Motivationen von Bündnisaktivitäten

Verbände gehen Bündnisse mit anderen Verbänden ein, um ihre Interessen beziehungsweise die ihrer Mitglieder besser durchsetzen zu können und mehr Einfluss (Einflusslogik) nehmen zu können. Dies sind die Hauptmotivationen und prägen die Auswahl von Bündnispartnern. Die Auswahl erfolgt daher strategisch und hängt vom konkreten politischen Kontext ab. Entscheidend ist zum Beispiel, ob die Politik oder die Öffentlichkeit adressiert werden soll und welche Themen gerade opportun beziehungsweise anschlussfähig sind. Viele Verbände geben an, dass sie bei der Auswahl der Bündnispartner pragmatisch vorgehen, einige besonders proaktiv. Dabei spielen auch der Wissenstransfer und eine hinreichend große Interessensüberschneidung eine wichtige Rolle. So sind manche Sozial- und Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften

zum Beispiel auf die Expertise der Umweltorganisationen angewiesen und vice versa. Thematisch werden solche Inhalte bevorzugt, zu denen es auch einen politischen Prozess gibt, wobei dann das Timing der Aktivitäten relevant ist.

1.3. Typologisierung der Bündnisse

Verbände befinden sich in einem Suchprozess, um mit dem veränderten politischen Umfeld und den neuen Herausforderungen umzugehen und den Einfluss der einzelnen Verbände und der Bündnisse zu erhöhen. Wir betrachten die Ausdifferenzierung der Bündnistypen als Versuch, darauf Antworten zu finden, wobei bislang offen ist, welche Bündnistypen den Einfluss erhöhen. Um die unterschiedlichen Strategien gemeinsam diskutieren zu können, haben wir eine Typologisierung der Bündnisarten erarbeitet, um konkreter über jeweilige Vor- und Nachteile reflektieren zu können. Wir schlagen eine Unterscheidung in vier Bündnisarten vor:

- anlassbezogene Bündnisse,
- langfristig angelegte handlungsfeldspezifische Bündnisse,
- Plattformen mit unterschiedlichen Themenfeldern und
- relativ enge strategische Zweier- oder Dreierbündnisse.

Die Übergänge zwischen den vier Typen sind fließend und eine klare Abgrenzung nicht immer möglich, sie dienen daher in erster Linie dem besseren Verständnis der Motivation und

Gründe für die Auswahl von Bündnissen. Es wichtig zu betonen, dass Bündnisse sich dynamisch entwickeln können, also dass es sich um einen evolutorischen Prozess handelt, bei dem zunächst kurzfristige Bündnisse sich verstetigen und zu dauerhaften institutionalisierten Bündnissen heranwachsen können.

a) Anlassbezogene Bündnisse

Anlassbezogene Bündnisse beziehen sich auf eine konkrete politische Maßnahme oder reagieren auf diese oder ihr Ausbleiben. Stellungnahmen werden häufig von einem kleineren Kreis an Verbänden ausgearbeitet und dann von einer Vielzahl von Verbänden unterstützt. In einem Interview wurde hierfür auch der Begriff „Verbändepetition“ verwendet. Diese Form von Bündnissen ist in der Regel nicht von Folgeaktivitäten oder einer verstetigten Zusammenarbeit geprägt. Beispiele für Bündnisse dieser Art sind die „Forderungen nach Umverteilung im Zuge der Corona-Krise“⁴, „Aufforderungen zu sozialem Wohnungsbau“⁵ oder der „Aufruf zu einer echten Mobilitätswende“⁶. Als ein wichtiges Bündnis an der Schnittstelle zu Typ zwei zählt die „Kampagne zur Einführung einer Klimaprämie“⁷, die in Verbindung mit einer eigens dafür in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie zu der möglichen praktischen Umsetzung der Klimaprämie einen sehr konkreten politischen Impuls gab. Sie entstand als Initiative aus der Klima-Allianz heraus.

b) Handlungsfeldspezifische Bündnisse

Langfristige handlungsfeldspezifische Bündnisse haben oft eine eigene Steuerungsgruppe, regelmäßige Treffen und begleiten konkrete Politikprozesse unter anderem durch Stellungnahmen oder sie entwickeln gemeinsame Leitbilder und Handlungsstrategien. Das Entstehen dieser Bündnisse wird durch die Bereitstellung externer Finanzierung und Ressourcen sowie durch die Unterstützung besonders relevanter und/oder ressourcenstarker Verbände begünstigt. Gleichzeitig sind Bündnisse oft erst der Anlass, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen und damit einen Kapazitätsaufbau zu ermöglichen, sodass es sich um einen endogenen sich selbstverstärkenden Effekt handelt, der durch ebendiese Finanzierung ermöglicht wird. Beispiele sind die „Gebäude-Allianz“, das „Bündnis Bodenwende“, das „Bündnis sozial-verträgliche Mobilitätswende“ oder das „Netzwerk Ressourcenwende“.

c) Plattformen (Dachverband)

Zur dritten Gruppe zählt bisher nur die Klima-Allianz, die in der bundesweit orientierten Bündnis-Landschaft in Deutschland mit Blick auf die Verbindung von Umwelt und Sozialem eine Sonderrolle einnimmt. Sie ist ein besonders stark institutionalisiertes Bündnis mit großer Mitgliedszahl sowie einem Dachverband mit eigener Geschäftsstelle und hohem Bekanntheitsgrad in Politik und Gesellschaft. Die soziale Dimension der Klima-Alli-

anz wurde insbesondere in den letzten Jahren deutlich gestärkt.

d) Strategische Zweier- und Dreierbündnisse

Strategische Zweier- und Dreierbündnisse zeichnen sich durch eine enge und im Grundsatz auf Dauer angelegte Kooperation aus, die über gelegentlich gemeinsam verfasste Stellungnahmen hinausgeht. Ein Beispiel ist die Kooperation zwischen dem BUND und dem Paritätischen Gesamtverband. Die beiden Verbände verfassen nicht nur regelmäßig gemeinsame Stellungnahmen, sondern haben zum Beispiel auch zusammen eine „Zukunftsgenda“⁸ erarbeitet, die einen gemeinsamen Transformationspfad und Zielhorizont absteckt, und arbeiten dazu weiter aktiv zusammen. Zudem tragen diese Bündnisse zu einem besonders starken fachlichen Wissensaustausch bei und befördern damit die Verschränkung sozialer und ökologischer Sichtweisen. Ein verstetigter strategischer und intensiver Austauschprozess findet auch zwischen dem BUND und der IG Metall statt.

e) Vor- und Nachteile verschiedener Bündnisgrößen

Grundsätzlich erhöhen große Bündnisse das politische Gewicht und die Reichweite, sind aber mit einer höheren Kompromissbereitschaft und einem höheren zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Die Abwägung zwischen Effizienz und politischem Gewicht ist daher ein wesentlicher Faktor für die Auswahl und Initiierung von Bündnissen. Kleine

Bündnisse ermöglichen agileres Handeln und kurzfristige Reaktionen auf politische Entwicklungen. Sie bieten für die einzelnen Akteure auch mehr Sichtbarkeit als in großen Bündnissen. Außerdem erlauben kleinere Bündnisse aufgrund der geringeren Notwendigkeit von Kompromissen weitgehendere und spezifischere Forderungen, die wiederum medial potenziell eher aufgegriffen werden. Große Bündnisse haben in den Augen einiger Akteure bei der Politik ein stärkeres Gewicht als kleine. Es sind jedoch auch kleine, sehr schlagkräftige Bündnisse vorstellbar, wenn machtvolle Organisationen mitwirken. Große Bündnisse können zudem unterschiedliche Zielgruppen erreichen und verbessern insbesondere für kleine Organisationen den Lobbyzugang. Auch für große Organisationen kann es sinnvoll sein, sich großen Bündnissen anzuschließen, wenn ihre Anliegen dadurch als breites gesellschaftliches Anliegen wahrgenommen werden. Viele Verbände sehen daher die politische Reichweite und die eigene Sichtbarkeit als einen Trade-off, der je nach politischem Kontext unterschiedlich gelöst wird. Die Klima-Allianz zum Beispiel versucht diesen Widerspruch zu lösen, indem sie durch ihren eigenen Bekanntheitsgrad die Aufmerksamkeit nutzt, um „ihre Mitglieder zum Klingen zu bringen“.

f) Einfluss des politischen Kontexts

Die Art der Politikbeeinflussung hängt auch vom politischen Kontext dahin-

gehend ab, welche Zugänge zu Entscheidungskontexten existieren. Eine Veränderung der Strategie zur Politikbeeinflussung ist seit der Ampel-Koalition zu beobachten. Zwar wurden bei der Vorgängerregierung erste Ansätze für sozial-ökologische Politiken formuliert und zum Teil auch in den Ministerien mit dem Aufbau entsprechender Referate institutionalisiert, allerdings erweist sich der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung der sozial-ökologischen Transformation sehr viel stärker verpflichtet. Während die Verbände sich bei der vorigen Regierung der großen Koalition zunächst Gehör für progressive sozial-ökologische Politik verschaffen mussten, geht es bei der aktuellen Ampel-Koalition nicht mehr um allgemeinen Lobbyismus zum Beispiel für Klimaziele, sondern darum, bei der konkreten Umsetzung die eigene Expertise einzubringen und mitzugestalten. Verbände mit besseren direkten Verbindungen in die regierenden Parteien sind daher weniger stark auf große Bündnisse angewiesen. Im Koalitionsvertrag wird insbesondere auch darauf hingewiesen, dass innerhalb der ersten sechs Monate eine „Allianz für Transformation“ gebildet werden soll, der Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbände angehören. Das erste Treffen der „Allianz für Transformation“ hat stattgefunden und es wurde ein (thematischer) Fahrplan entwickelt. Neben den Wirtschaftsverbänden sind beispielsweise der Deutsche Naturschutzring (DNR) und die Klima-Allianz sowie Gewerkschaften vertreten, die

Sozial- und Wohlfahrtsverbände hingegen nicht. Zwar sind die wesentlichen thematischen Inhalte benannt worden, offen ist allerdings, welche Einflussmöglichkeiten beziehungsweise Relevanz diese Allianz haben wird.

1.4. Diversität und Intersektionalität

Die Frage, welche Menschen in Bündnissen repräsentiert und wie ihre spezifischen Perspektiven berücksichtigt werden können, ist für das Gelingen einer gerechten sozial-ökologischen Transformation zentral. Ohne eine Auseinandersetzung mit Diskriminierungsstrukturen besteht die Gefahr, dass Bündnisse zur sozial-ökologischen Transformation Ausgrenzung reproduzieren und einer Just Transition damit im Wege stehen. Intersektionale Perspektiven sind aber nicht erst auf Bündnisebene relevant, sondern auch schon in den Verbänden selbst. In unserem Interview mit einem migrantischen Umweltverein wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung, Diversität und Inklusivität bislang vor allem von Selbstvertretungen marginalisierter Gruppen angestoßen wird. Daher wollen wir mit diesem Papier dazu beitragen, innerhalb der Verbände sowie der Bündnisse einen gemeinsamen Reflexionsprozess zu fördern.

Unsere Gesellschaft ist von unterschiedlichen Machtstrukturen durchzogen, die einige Menschen privilegieren und andere diskriminieren. Dazu zählen unter anderem rassistische, sexistische, ableistische und klassisti-

sche Strukturen. Menschen können von mehr als einer Diskriminierungsform betroffen sein, weshalb es wichtig ist, die verschiedenen Dimensionen gemeinsam zu denken. Das Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen wird unter dem Begriff Intersektionalität diskutiert. Auch Verbände sind nicht frei von diesen gesellschaftlich verankerten Diskriminierungsstrukturen. Daher ist es wichtig, dass Verbände sich mit Intersektionalität auseinandersetzen, um zu einer gerechten Transformation beitragen zu können, die diese Ausgrenzung und Diskriminierung nicht reproduziert. Je diverser ein Akteur oder ein Bündnis ist, desto stärker wird Intersektionalität im Wirken und Handeln berücksichtigt. Unterschiedliche Erfahrungshintergründe und Perspektiven sind daher eine wichtige Voraussetzung dafür, unterschiedliche Unterdrückungsmechanismen sichtbar zu machen und zu deren Überwindung beizutragen.

Verbände sind bislang in unterschiedlichem Maße divers und intersektional aufgestellt. In Wohlfahrtsverbänden spielen zum Beispiel die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen eine wichtige Rolle in der Positionierung des Verbandes. Gewerkschaften wiederum repräsentieren vor allem die Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse, die traditionell auch immer schon Menschen mit Migrationserfahrungen einschließt. Dennoch besteht insgesamt noch Potential, die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen zusammenzudenken und eigene Diskrimi-

nierungsstrukturen zu überwinden. Dazu zählt die interne Auseinandersetzung mit Diskriminierungsstrukturen wie auch die Kooperation mit Selbstvertretungen von strukturell diskriminierten Gruppen.

1.5. Fördernde und hemmende Faktoren für Bündnisse

Anhand der Online-Befragung und der Interviews konnten wir fördernde und hemmende Faktoren für Verbändebündnisse identifizieren. Diese Faktoren werden in den folgenden Abschnitten dargestellt.

a) Fördernde Faktoren

Voraussetzung für Bündnisaktivitäten ist, dass Verbände ein Thema für inhaltlich relevant halten und verbandsinterne Strukturen geschaffen haben, um nach außen hin sprechfähig zu sein. In den Interviews und der schriftlichen Befragung wurden unterschiedliche fördernde Faktoren für Bündnisse hervorgehoben, wobei Vertrauen und gute persönliche Beziehungen zwischen den Akteuren, eine ausreichende und stetige (externe) Finanzierung sowie die Existenz einer vermittelnden beziehungsweise koordinierenden Instanz als besonders relevant erachtet werden. Durch bereits bestehende Beziehungen können Bündnisse schneller ins Leben gerufen werden, weil zum Beispiel schon bekannt ist, wer im anderen Verband die richtige Ansprechperson ist. Aufgrund gemeinsamer (Arbeits-)Erfahrung und persönlichem Zugang entsteht Vertrauen. Dieses ist wichtig, unter anderem, wenn ein Verband sich auf das Wissen eines anderen verlassen

muss, weil die eigene Expertise dazu nicht ausreicht. Ebenso häufig wurde der Bedarf beziehungsweise Wunsch nach passender Finanzierung geäußert, sowohl für die entsprechenden Stellen bei den Verbänden als auch konkret für die Bündnisarbeit und darin anfallende Personal- und Sachkosten. Verlässliche externe Finanzierung war bisher oft ein Erfolgsfaktor und Stabilisator für längerfristige Zusammenarbeit. Als Koordinationsinstanz für verschiedene Verbände kann ein Dachverband, wie die Geschäftsstelle der Klima-Allianz Deutschland, dienen, welche für ihre Vermittlung erwähnt wurde. Es kann sich dabei ebenfalls um eine Koordinierungsrolle eines der teilnehmenden Verbände handeln, wie sie zum Beispiel der NABU für die Gebäude-Allianz (handlungsspezifisches Bündnis) übernimmt, oder um die Bereitstellung von personellen Kapazitäten (neue Stelle entweder bei mindestens einem Verband oder für eine unabhängige, externe Person, die Inhalte und Texte zusammenführt) und Sachmitteln (z. B. Büro), wie sie für das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende durch die Finanzierung der Stiftung Mercator leistbar war. Eine externe professionelle Moderation des Bündnisprozesses kann einen wichtigen Beitrag zum Gelingen leisten und den Arbeitsaufwand für die Verbände in Grenzen halten. Meistens geht die Frage der Koordination und der personellen Kapazitäten mit der Frage der Finanzierung der Bündnisarbeit einher.

Neben diesen drei Kernpunkten wurden weitere förderliche Faktoren ge-

nant, allerdings weniger häufig. Zum Beispiel ist Offenheit für die Positionen und die Umstände der anderen Organisationen hilfreich. Durch Offenheit wird es einfacher, Konsens oder Kompromisse zu entwickeln und sich in die jeweils anderen Personen und ihre Ansichten einzufühlen. Das Bündnis darf nicht oberflächlich bleiben, soll pragmatisch sein und alle Beteiligten müssen einen Gewinn haben und sich weiterentwickeln.

Förderlich ist eine gewisse Interessensüberschneidung beziehungsweise inhaltliche Nähe und eine gemeinsame Vision davon, wie wir in unserer Gesellschaft künftig leben wollen, beziehungsweise ein ausgearbeiteter Transformationspfad. Inzwischen ist – zum Teil durch die Aufmerksamkeit, die Fridays for Future auf das Klima gelenkt haben – das 1,5 Grad Klimaziel bei fast allen Akteuren anerkannt, was gemeinsame klimapolitische Arbeit seit einer Weile erleichtert.

b) Hemmende Faktoren

Fehlende Ressourcen sind der am meisten genannte hemmende Faktor. Häufig fehlen Stellen für Querschnittsthemen oder Kapazitäten bei den wenigen Personen, die diese Themen bearbeiten. Oftmals haben Menschen in den Verbänden andere Aufgaben zu erledigen und erhalten die Bündnisarbeit noch „on top“. Bündnisse bedeuten einen hohen Arbeitsaufwand (z. B. interne Abstimmungen in den Verbänden für Treffen, Verschriftlichung, Texte überarbeiten, Betreuung). Sie müssen als effizient

genug erachtet werden, um knappe Ressourcen darin zu investieren, statt Aktivitäten allein durchzuführen.

Weitere relevante Hemmnisse sind das Fehlen persönlicher Kontakte und verschiedene Arbeitsweisen. Es gibt zwischen den Verbänden Kommunikationsherausforderungen durch unterschiedliche „Sprachen“ und Denkweisen. Dies kommt unter anderem durch unterschiedliche Verbandsstrukturen zustande.

Hinderlich sind ebenso schlechte Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden, Covid, die Schwierigkeit der Konkretisierung eines Bündnisses, mangelnde Stetigkeiten in den Beziehungen durch viel ehrenamtliche Arbeit und Herausforderungen mit Fördermittelgebern, die Umwelt oder Soziales fördern, jedoch nicht beides zusammen. Als Hemmnis stellt sich hier auch fehlende Expertise, vor allem bei Detailfragen, dar. Entweder halten sich Verbände, die nicht ins Detail mitgehen können, ganz heraus, oder sie vertrauen bis zu einem gewissen Grad auf die Kooperationspartner, die spezialisiert in dem Thema sind.

Die Hemmnisse und die Bedingungen gelungener Kooperation zu verstehen, sind eine wichtige Voraussetzung für die vierte Phase, die wir eingangs beschrieben haben. Die Reflektion darüber, was bislang erreicht wurde und welche Hindernisse noch zu überwinden sind, ist die Grundlage für die weitere Entwicklung neuer Strategien und gemeinsamer Handlungsoptionen.

2. Neue Strategien und mögliche Handlungsorientierungen

Im Rahmen der Analyse wurden drei wesentliche Strategien beziehungsweise Handlungsorientierungen offenbar, welche für das weitere Vorgehen in Bezug auf Verbändebündnisse relevant zu diskutieren sind. Einerseits bestehen Ideen zur Regionalisierung von Bündnissen und andererseits ist es zentral zu betrachten, inwiefern übergreifende Verständigungsprozesse zwischen den Verbänden ebenso wie handlungsfeldorientierte Ansätze durchgeführt werden können.

2.1. Regionalisierung

Ein wichtiges Zukunftsthema ist die Regionalisierung der Bündnisse und damit eine Erweiterung des bisherigen eher Top-Down von den Bundesverbänden geprägten Ansatzes. Aus zwei, vielfach als erfolgreich angesehenen Bündnissen, nämlich dem Bündnis sozial-verträgliche Mobilitätswende als auch aus der Klima-Allianz, heraus wurde auf konkrete Aktivitäten verwiesen, und zwar, dass die Bündnisse ihre Präsenz und Aktivitäten auf der Landes- beziehungsweise regionalen Ebene entwickeln wollen. Fridays for Future haben bereits dezentral zum Thema Nahverkehr auf Ortsgruppenebene in vielen Städten in Deutschland mit Betriebsräten und Ortseinheiten von Verdi kooperiert. Das Ziel einer Regionalisierung ist es, unter anderem, näher an konkrete Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse heranzukommen und Einfluss ausüben zu können. Dies stellt allerdings alle Verbände vor er-

hebliche Herausforderungen unter anderem wegen der sehr unterschiedlichen Handlungskapazitäten vor Ort. Manche Verbände sind gerade auf regionaler Ebene eher freiwillig als hauptamtlich besetzt. In der Regel fehlt den Bundesverbänden der Überblick über die bisher existierenden Netzungen auf lokaler Ebene oder sie wissen über diese nur anekdotisch Bescheid. Gleichzeitig sind die Verbände (basis-)demokratisch organisiert, sodass die Bundesverbände nur Anstöße für die Lokal-/Regionalebenen geben können und wollen und keine konkreten Vorgaben durchsetzen können. Die Regionalisierung kann als Versuch gewertet werden, die eigenen Spielräume zu erweitern, indem zusätzlich auf lokale Entscheidungsprozesse Einfluss genommen wird.

2.2. Übergreifende Bündnisse zur sozial-ökologischen Transformation

Die Auswertung der Interviews ergab, dass sektorübergreifende Bündnisse zur sozial-ökologischen Transformation in der Praxis überwiegend kritisch gesehen werden, da ein breiter gesellschaftspolitischer Ansatz mit heterogenen Akteuren die Handlungs- und internen Abstimmungskapazitäten der Verbände und damit auch die Kompromiss- und Handlungsfähigkeit der Verbände überfordern kann. Bislang sind daher viele Bündnisse auf konkrete Handlungsfelder bezogen. Aus den Interviews wurde deutlich, dass eine Präferenz für Bündnisse in konkreten Handlungsfeldern besteht, die gerade für die

direkte politische Einflussnahme relevant sind. Viele Verbände sehen wenig Mehrwert darin, an allgemeinen Grundsätzen zu arbeiten, und möchten daher eher bei konkreten Themen aktiv werden und dazu entsprechend Partnerschaften formen. Allerdings wird von einigen Akteuren ein übergreifender Verständigungsprozess als dringlich angesehen, um die ökologische und soziale „Richtungssicherheit“ des Transformationsprozesses zu stärken und letztlich auch Verständigungsprozesse auf der Ebene der Handlungsfelder zu vereinfachen. Einen exemplarischen Weg haben der BUND und der Paritätische Gesamtverband mit der Zukunftsagenda beschritten. Offen ist allerdings, inwieweit entsprechende Prozesse mit einer Vielzahl von Beteiligten erfolgreich sein können. Eine übergreifende Verständigung zu befördern, erscheint uns dennoch hilfreich und notwendig. Die sozial-ökologische Transformation ist ein komplexer gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der integrativ und sektorübergreifend gedacht werden muss, um auf eine gemeinsame Zielrichtung hinzuführen. Dafür bedarf es unserer Ansicht nach eines gemeinsamen Leitbildes/einer geteilten Vision, in der sich die verschiedenen Verbände wiederfinden können und in die sie ihre jeweiligen handlungsfeldspezifischen Bündnisse einbetten können.

2.3. Handlungsfeldspezifische Bündnisse

In einigen Handlungsfeldern existieren bereits gut funktionierende Bünd-

nisse, dazu zählen der Bereich Mobilität mit dem Bündnis sozial-verträgliche Mobilitätswende, welches sowohl Umwelt- als auch Sozialverbände umfasst, aber auch der Bereich Ernährung und Landwirtschaft mit dem Agrarbündnis e. V. und der Gruppe „Meine Landwirtschaft“, die auch die „Wir haben es satt“-Demonstration trägt. Es existieren ebenfalls Bündnisse im Bereich Bauen und Wohnen, so das Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ aber zum Beispiel mit einem starken Fokus auf Soziales und ohne Umweltverbände, während die „Gebäude-Allianz“ auf die Sanierung fokussiert und das „Netzwerk Ressourcenwende“ bisher nicht langfristig gesichert ist. Gleichwohl wurde im Kontext der Interviews darauf hingewiesen, dass Bauen und Wohnen noch zu wenig übergreifend bearbeitet wird und in großen existierenden Bündnissen zu Bauen und Wohnen entweder die soziale oder die Umweltdimension nicht oder nicht hinreichend einbezogen sind.

Aus ökologischer Sicht bedarf es starker Anstrengungen unter anderem bei der ökologischen Sanierung, um die Klimaziele in diesem Bereich noch zu erfüllen. Allerdings fehlt es bislang an Ressourcen, Kapazitäten und einer richtigen Anreizstruktur. Angesichts der aktuellen Gesetze gehen ökologische Sanierungen fast immer zulasten der Einkommensarmen und führen durch Mietpreissteigerungen zu sozialer Verdrängung und Zuspitzung der Wohnungsmarktkrise. Einige Verbände sind in dem Themenfeld „Bauen

und Wohnen“ aktiv. Die Relevanz des Themas ist hoch und gleichzeitig umkämpft. Auf der politischen Ebene werden unterschiedliche Bündnisaktivitäten befördert, wie das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ auf der Bundesebene oder auf Landesebene (Berlin) das „Bündnis Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen“⁹.

Als positiv werden erste Ansätze aus dem neuen Bauministerium bewertet, unter anderem das Interesse der Politik an Plattformen zum übergreifenden Austausch. Angesichts der langsamen Fortschritte in Bezug auf die Klimaziele wird die Bedeutung von Bauen und Wohnen für die sozial-ökologische Transformation in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen.

3. Zusammenfassende Thesen

- Die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation machen deutlich, dass es zunehmend integrierter Politikansätze bedarf, die die ökologische und soziale Perspektive verbinden. Diese sollten durch zivilgesellschaftliche Akteure kritisch-konstruktiv vorangetrieben und begleitet werden.
- Es gibt eine dynamische Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Bündnisse und eine zunehmende Ausdifferenzierung der Bündnistypen und Bündnisaktivitäten.
- Zu den Vorbedingungen für Bündnisbildung gehören unter anderem die interne Anerkennung der Relevanz der sozial-ökologischen Transformation, strategische Überlegun-

gen zur Positionierung des Verbandes und organisatorische Anpassungen.

- Die neuen Allianzen befinden sich in einem Suchprozess nach besseren Einflussmöglichkeiten in der Politik. Es werden zunehmend handlungsfeldspezifische Bündnisse oder Regionalisierungsstrategien ins Auge gefasst, um „praxisrelevanter“ in spezifischen Handlungskontexten zu werden.
- Für die Zukunft sind sowohl übergreifende Verständigungsprozesse als auch handlungsfeldspezifische Bündnisse notwendig, auch wenn diese in einem gewissen Spannungsfeld zueinander stehen.
- Die Entwicklung von Allianzen kann über die Unterstützung der Verständigungsprozesse, des Kapazitätsaufbaus und die Entwicklung institutioneller Strukturen vorangebracht werden. ◦

Das Projekt „Die sozial-ökologische Transformation gemeinsam gerecht gestalten – Bündnisse von Sozial-, Wohlfahrts-, Umweltverbänden und Gewerkschaften“ wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert. Weitere Informationen: www.ioew.de

Anmerkungen:

¹ Dazu zählen im Wohlfahrtsbereich die Diakonie, die Caritas und der Paritätische Gesamtverband; im Sozialbereich der Sozialverband VdK Deutschland und der Deutsche Mieterbund (DMB); bei den Gewerkschaften die Industriegewerkschaften Metall und Bauen-Agrar-Umwelt (IG Metall und IG BAU) sowie die Vereinte Dienst-

- leistungsgewerkschaft (Verdi); und im Umweltbereich der Naturschutzbund Deutschland (NABU), Germanwatch, Fridays for Future (FFF), der Verkehrsclub Deutschland (VCD), ein Vertreter des Netzwerks „Ressourcenwende“ vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), und die Dachverbände Deutscher Naturschutzring (DNR) und Klima-Allianz. Zudem haben wir ein Interview mit der migrantischen Umweltorganisation Yesil Cember geführt.
- ² Sharp et al. (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/neue_allianzen_fuer_sozial-oekologische_transformationen.pdf und Petschow et al. (2021): Potenziale, Hemmnisse und Perspektiven neuer Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_134-2021_potenziale_hemmnisse_und_perspektiven_neuer_allianzen_fuer_sozial-oekologische_transformationen.pdf
- ³ <https://docplayer.org/137076635-Transformationskongress-nachhaltig-handeln-wirtschaft-neu-gestalten-demokratie-staerken.html>
- ⁴ https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.pressrelease/2021/05/124/Aufruf_-_Die_Krise_bewaeltigen.pdf
- ⁵ https://www.mieterbund.de/fileadmin/public/pdf_PM/Politische_Forderungen_-_Sozialer_Bauplan_fuer_Deutschland.pdf
- ⁶ <https://backend.dnr.de/sites/default/files/Positionen/2021-10-22-10-Punkte-Papier-Mobilitaetswende.pdf>
- ⁷ <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/klima-praemie-jetzt-breites-buendnis-fordert-zeitnahe-einfuehrung/>
- ⁸ https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/Broschuere_Zukunftsagenda_BUND-PARITAET_web.pdf
- ⁹ <https://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/pressemitteilungen/2022/pressemitteilung.1218203.php>

Info

Das VdK-Videoportal
www.vdktv.de

Topaktuelle Beiträge sowie ein großes Bildarchiv rund um den Sozialverband VdK jetzt im Internet anklicken!

VdK

INTERNET-TV

vdktv.de

Über 100 Filmbeiträge zu Themen wie Sozialrecht, Sozialpolitik, Service, Pflege und Gesundheit, Barrierefreiheit, Ehrenamt, Sport und VdK-intern.

Bjarne Behrens, Student MA Sozio-ökonomie, Praktikant am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig, Berlin.

Samuel Beuttler-Bohn, Dr., Referent Alterssicherung und Unfallversicherung, Sozialverband VdK Deutschland.

Florian Kern, Dr., PhD in Science and Technology Policy Studies, Forschungsfeldleiter und Themenkoordinator, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig, Berlin.

Cathérine Lehmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig, Berlin.

Ulrich Petschow, Diplom-Volkswirt, Themenkoordinator „Innovation und Technologien“, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig, Berlin.

Franz Ruland, Prof. Dr., ehemaliger Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR).

Jörg Ungerer, Leiter der Bundesrechtsabteilung, Sozialverband VdK Deutschland.

Ines Verspohl, Dr., Abteilungsleiterin Sozialpolitik, Sozialverband VdK Deutschland.

Info

Online-Service für S+P-Abonnenten

Als Leser von „Sozialrecht + Praxis“ können Sie Änderungen zu Ihrem Abonnement auf der Website des VdK Deutschland selbst vornehmen.

Das Formular gibt es unter

www.vdk.de/permalink/8408

IMPRESSUM

Sozialrecht + Praxis

Herausgeber: Sozialverband VdK Deutschland e. V., www.vdk.de

Abonnement: VdK Deutschland Service GmbH

Linienstraße 131, 10115 Berlin, Telefon (030) 921 05 80-0, Telefax (030)-921 05 80-110, service@vdk.de

Bezugspreis: 26,40 Euro zzgl. Versandkosten/Mehrwertsteuer

Sozialrecht + Praxis erscheint zwölf Mal jährlich am 20. jeden Monats. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Redaktion: Sabine Kohls (sko), Ruth Seyboth-Kurth (syk), Kristin Enge (ken), sup@vdk.de

Agenturen: Deutsche Presse-Agentur (dpa), JurAgentur (jur)

Druck: Dimetria-VdK gemeinnützige GmbH, Rennbahnstraße 48, 94315 Straubing, www.dimetria.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

ISSN 0939-401X

Sozialrecht + Praxis 9/22

Fachzeitschrift Sozialrecht+Praxis wird zum 31. Dezember 2022 eingestellt

**Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Abonentinnen und Abonenten,**

zum 31. Dezember 2022 müssen wir das Erscheinen unserer Fachzeitschrift „Sozialrecht+Praxis“ leider einstellen. Allen Abonentinnen und Abonenten sollten in der zweiten Septemberwoche bereits die fristgemäßen Kündigungen Ihrer Abonnements auf dem Postweg zugegangen sein.

Es ist uns nicht leicht gefallen, diese Entscheidung zu treffen. Wirtschaftliche Gründe waren dafür ausschlaggebend.

Wie Sie sicherlich wissen, wird es für den Fachzeitschriftenjournalismus immer schwieriger, kostendeckend zu arbeiten. Durch die mittlerweile vorherrschende Verlagerung ins Digitale sinken die Auflagenzahlen der Printprodukte. Hinzu kommen immer höhere Vertriebs- und Portokosten. Eine kostendeckende Kalkulation ist daher für „Sozialrecht+Praxis“ nicht mehr möglich. Aufgrund dieser Fakten ist die Entscheidung zum Einstellen des Titels gefallen.

Wir bedanken uns bei allen Leserinnen und Lesern, die „Sozialrecht+Praxis“ als verlässliche Informationsquelle geschätzt haben. Es war dem Sozialverband VdK Deutschland ein großes Anliegen, gerade in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten, wie wir sie in den letzten Jahren durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg erleben, Ihnen mit unserer Publikation zu sozialrechtlichen wie sozialpolitischen Themen aktuelle, sachliche Einschätzungen und Informationen zu liefern. Für das entgegengebrachte Vertrauen und das Lob und die Anerkennung, die wir in den Jahren des Erscheinens unserer Zeitschrift erfahren durften, danken wir Ihnen sehr herzlich.

Alles Gute für Sie!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Wallenborn
Geschäftsführer

Michael Pausder
Geschäftsführer

VdK Deutschland Service GmbH · Liniestraße 131 · 10115 Berlin
Telefon (030) 9210580-0 · Telefax (030) 9210580-110 · E-Mail service@vdk.de

Sozialrecht + Praxis
G 12025 DPAG
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
VdK Deutschland Service GmbH
Liniestraße 131
10115 Berlin